



## Beantwortung

des Postulates 20130122, Leonhard Cadetg, FDP, "Behinderung durch Baustellen minimieren"

---

Das Postulat fordert vom Gemeinderat, Massnahmen zu prüfen, die zu verkürzten Bauzeiten führen. Dies mit der Idee, den Verkehrsfluss zu verbessern und die Stadt zu verschönern. Zudem wird im Postulat auch auf gängige Massnahmen hingewiesen, welche auf Grossbaustellen, wie beispielsweise Autobahnsanierungen, eingesetzt werden.

Die Menge der Arbeitsstunden, die bei einer Baustelle anfallen, sind durch den Umfang der betroffenen Arbeiten gegeben. Wird nun das Ziel verfolgt, die Gesamtbauzeit zu verkürzen, stehen prinzipiell zwei Möglichkeiten zur Verfügung:

1. Der Baustellenperimeter wird flächenmässig ausgedehnt, damit gleichzeitig an verschiedenen Standorten Arbeiten ausgeführt werden können.
2. Die täglichen Arbeitszeiten werden ausgedehnt, indem die Bauunternehmung im Zwei-, respektive Dreischichtbetrieb arbeitet. Zweischichtbetrieb bedeutet Arbeitszeiten von 05.00 bis 22.00 Uhr, Dreischichtbetrieb bedeutet entsprechend einen 24-Stundenbetrieb und wird ausschliesslich auf Tunnelbaustellen angewendet.

Eine flächenmässige Ausdehnung wird im innerstädtischen Bereich oft durch die Faktoren der Aufrechterhaltung der Erschliessung der angrenzenden Liegenschaften und der Aufrechterhaltung der verkehrlichen Beziehungen begrenzt.

Die zeitliche Ausdehnung der Arbeitszeiten wird in Ausnahmefällen angewendet, wie zum Beispiel während der Sanierung der Kanalgasse. Im allgemeinen wird jedoch wegen den damit verbundenen und schlecht akzeptierten Lärmemissionen in den frühen Morgenstunden und am Abend im städtischen Bereich darauf verzichtet. Diese Massnahme führt im Weiteren zu höheren Baukosten und eine Garantierung gleichwertiger Qualität verlangt zusätzliche Massnahmen, dies zeigten auch die Projekte mit sogenannter konzentrierter Bauweisen in übrigen Städten wie zum Beispiel in der Berner Altstadt.

Im Rahmen von Bauvorhaben der Abteilung Infrastruktur werden häufig koordiniert Bauvorhaben durch Dritte wie ESB, Swisscom und Weiteren realisiert. Diese Bautätigkeiten werden in der Eigenverantwortung der entsprechenden Werke ausgeführt und entziehen sich grösstenteils dem Einflussbereich der Stadtverwaltung. Der Umfang dieser Arbeiten übersteigt nicht selten den der städtischen Vorhaben und führen damit auch zu einer entsprechenden Bauzeitverlängerung.

Für die Baustellen der Abteilung Infrastruktur werden alle Aspekte abgewogen und jeweils ein optimiertes Bauprogramm mit der Unternehmung vereinbart und vertraglich fixiert. Die Massnahmen für das Garantieren der vertraglich bindenden Termine entsprechen, neben anderen, den im Postulat aufgeführten Möglichkeiten. Es gilt aber auch zu berücksichtigen, dass terminbezogene finanzielle Anreize und Strafen oft mit juristischen Auseinandersetzungen

gen verbunden sind und damit wieder zu Mehrkosten führen. Als weitere Massnahme werden Unternehmungen, welche die vertraglichen Fristen bei früheren Aufträgen nicht respektiert haben, für Folgeaufträge nicht mehr berücksichtigt, beziehungsweise bei der Angebotsbeurteilung entsprechend benotet.

Auf Grund dieser Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 28. August 2013

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:

Barbara Labbé

Beilage:

- Postulat 20130122

Vorsteher Nr./In env. no: 130122  
Termin v. / Débat CM: 49.13  
Direktion / Direction: BEU  
Mitbericht / Co rapport: \_\_\_\_\_

21.03.18

**Postulat**

Stadtkanzlei / Chancellerie municipale

**Behinderung durch Baustellen minimieren**

Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, wie durch organisatorische und vertragliche Massnahmen die Bauzeiten von Baustellen, insbesondere im Tiefbau, verkürzt werden können.

**Begründung**

Jede Baustelle ist ein Hindernis und bedeutet deshalb für Unternehmen in der Stadt Biel Kosten. Ferner bieten Bauinstallationen, wie sie während Monaten in der Schüsspromenade wegen der Baustelle am Albert-Anker-Weg bestehen, keinen schönen Anblick. Das Management der Zeitdauer von Baustellen ist komplex, weil meist viele Unternehmer beteiligt sind. Wird von der Bauherrin kein Anreiz gesetzt, werden solche Baustellen auch gerne als Arbeitspuffer gebraucht. Vertraglich können diese Motivationen für Bauunternehmen zum schnelleren Bauen unterschiedlich umgesetzt werden, indem beispielsweise die benützte Fläche an den Bauunternehmer „vermietet“ wird oder Konventionalstrafen für Terminüberschreitungen vereinbart sind. Während der Bauzeit kann zudem ein konsequentes Controlling beschleunigend wirken, das über die Verkehrsmassnahmen ohne grossen Aufwand ausgelöst werden könnte. Mit dem Postulat ist beabsichtigt, dass der Gemeinderat die kostenneutralen Möglichkeiten zur Verschönerung der Stadt und zur Verbesserung des Verkehrsflusses durch Verkürzung der Bauzeiten aufzeigt und konsequent nutzt.

Leonhard Cadetg, FDP

*(Handwritten signatures and notes)*  
D. Thoma  
1. Mill  
B. Schmid  
K. Schmid  
M. Schmid  
M. Schmid  
F. Schmid  
47  
PLR Les Libéraux-Radicaux  
PLR (Libéraux)  
PLD (Les Libéraux)

## Protokollauszug

### **193. Postulat 20130122, Leonhard Cadetg, FDP, "Minimiser les gênes dues aux chantiers de construction"**

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 13)

Le Conseil municipal propose d'adopter le postulat et de le radier du rôle.

**Cadetg Leonhard, FDP:** Dem Gemeinderat besten Dank für die Beantwortung. Sie zeigt, dass die Baudirektorin die Bauzeiten im Fokus hat und jeweils prüft, ob diese verkürzt werden können. Mich würde noch interessieren, wie die Baudirektorin auf den Brief der Gewerbetreibenden vom letzten September reagiert hat. Dieser hatte die gleiche Stossrichtung wie der vorliegende Vorstoss. Ich denke, dass sowohl das Gewerbe als auch die Autofahrenden dankbar sein werden, wenn der Fokus auf die Bauzeiten gelegt wird. Ich bin überzeugt, dass die Baudirektorin darauf achten wird, dass die Anreize für die beauftragten Bauunternehmungen richtig gesetzt werden und dass auf komplizierten Baustellen wirksam koordiniert wird. Insbesondere ist begrüssenswert, wenn Unternehmungen, welche die vertraglichen Fristen nicht respektieren, einen Nachteil bei der Beurteilung künftiger Offerten erleiden. In diesem Sinn bin ich mit dem Vorschlag des Gemeinderats einverstanden.

**Grupp Christoph, Grüne:** Ich denke, dass es grundsätzlich alle begrüßen, wenn Baustellen nicht länger als wirklich nötig bestehen. Sie behindern den Verkehr und schränken die Lebensqualität ein. Aus Laiensicht fällt die Einschätzung darüber, wie komplex eine solche Baustelle ist, wohl häufig zu einfach aus. Ich habe mich beispielsweise selber auch öfters darüber aufgeregt, wie lange es an der Stämpflistrasse gedauert hat. Aufgrund meines fachlichen Hintergrundwissens kann ich aber sagen, dass es fast zwei Jahre braucht, bis Pionierpflanzen auf einem Kieshaufen zu wachsen beginnen. Das konnte dort sehr gut beobachtet werden.

Nun ist es aber so, dass beschleunigende Baumassnahmen wie ein Zwei- oder Dreischichtbetrieb ausnahmsweise richtig sein können. Diese können aber die Anwohnerschaft erheblich beeinträchtigen und sollten nur mit Vorsicht eingesetzt werden. Trotzdem habe auch ich aufgrund der vorliegenden Antwort ein grosses Vertrauen in die Baudirektorin, dass sie den Fokus auf die Bauzeiten richtet und dass Beschleunigungen feststellbar sein werden. Ich muss sagen, dass ich heute in dieser Hinsicht mehr Vertrauen habe als auch schon. Auf einen Punkt möchte ich aber noch hinweisen. Um ein gutes Baustellencontrolling machen zu können, sind Ressourcen nötig. Auf der Baudirektion sind dies Aufgaben der Mitarbeitenden (auch Kader), die solche Baustellen kompetent verfolgen, dran bleiben und intervenieren müssen, wenn es zu lange geht. Genau diese Ressourcen sind aber bekannterweise extrem knapp bemessen und werden zunehmend knapper. Auch auf der Baudirektion sind aufgrund des Stellenwiederbesetzungsmoratoriums Stellen aktuell nicht besetzt. Gleichzeitig werden aufwändige Kontrollen gefordert. Das geht nicht auf. Wenn der Stadtrat ein solches Controlling will, dass zudem rasch und kompetent erfolgt, muss er die Bau- und auch die anderen Direktionen mit den entsprechenden Ressourcen ausstatten.

**Suter Daniel, PRR:** Monsieur Grupp, dans le canton de Bâle-Campagne, si je me souviens bien, un système a été introduit selon lequel un entrepreneur, qui obtient un mandat public pour effectuer des travaux sur une route, se voit imposer une clause contractuelle pour la location de l'espace qu'il occupe. Ceci l'incitera à effectuer le travail le plus vite possible. De tels modèles de contrats existent. Donc, la réduction de la durée des chantiers de construction est tout à fait réalisable, sans augmenter les ressources en personnel au Département des infrastructures.

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Besten Dank für diese Rückmeldungen. Die Bauzeiten sind immer wieder ein Thema. Mir wurde gesagt, dies sei nicht der erste Vorstoss, der in diese Richtung zielt. Ich kann mir vorstellen, dass es solche Vorstösse auch in Zukunft wieder geben wird, obschon ich das natürlich nicht hoffe. Baustellen sind oft ein Ärgernis und stellen eine Behinderung im öffentlichen Raum dar. Deshalb haben alle ein Interesse daran, diese Arbeiten möglichst rasch zu beenden. Es gibt aber auch finanzielle Gründe. Eine kurzfristige Baustelle kostet weniger als eine lang andauernde. Es gibt aber gewisse Ausnahmen, beispielsweise beim Dreischichtbetrieb. Es ist so, dass die Mitarbeitenden der Baudirektion dies berücksichtigen, vor allem Frau Christen. Gerade sie macht ihre Arbeit sehr gut und ist immer wieder auf den Baustellen, um dafür zu sorgen, dass es vorwärts geht und unbürokratische Verbesserungen ermöglicht werden, wenn Baustellen stören oder nicht gut eingerichtet sind. Es ist aber wichtig, dafür genügend Ressourcen zur Verfügung zu haben.

Herr Cadetg sprach den Brief der Gewerbetreibenden vom September an. Er müsste mir sagen, um was für einen Brief es dabei genau geht. Ein solcher ist mir derzeit nicht präsent. Vielleicht können wird das aber bilateral klären.

**La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.**

**194. Interpellation 20130124, André Vuille, Groupe PPB/PDC, "54'000 habitants à Bienne, quelles conséquences collatérales?"**

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 14)

L'interpellant est **satisfait** de la réponse.

**Vuille André, au nom du Groupe PPB/PDC/PBD:** Tout d'abord, je remercie le Conseil municipal de sa réponse dont je suis satisfait, mais pas de la situation. En principe, lorsqu'une ville peut compter une croissance de 4'000 habitants en 10 ans (ce n'est pas beaucoup, mais tout de même un premier pas), les répercussions sur la situation de celle-ci devraient être positives. Hélas, ce n'est pas le cas pour la Ville de Bienne. C'est d'ailleurs pour cette raison, que j'ai déposé cette interpellation. À la mention de 4'000 habitants de plus, chiffre net, j'aurais préféré celle du chiffre brut, à savoir le nombre de départs et d'arrivées. 30% de citoyens étrangers vivent à Bienne et je crois, que la Ville de Bienne a fait son travail et qu'elle ne peut faire beaucoup plus. Concernant les dépendances de l'aide sociale (point 3 de la réponse), on peut remarquer que celles-ci ont augmenté dans le courant des 10 dernières années de plus de 50%. De plus, 54% de ces 50% sont des personnes d'origine étrangère. Donc, dans notre cas, le fait de compter 4'000 habitants de plus n'est pas spécialement positif. Cela s'empire si je regarde les impôts moyens d'une personne physique (point 5): en 2003, 2'388 fr. pour 33'624 contribuables et en 2013, 2'229 fr. pour 38'477 contribuables. Vous pouvez donc constater, que toutes les charges et les dépenses augmentent. Il pourrait y avoir encore 4'000 habitants de plus, mais je ne pense pas qu'il y aurait des répercussions financières positives. J'aimerais encore faire une petite remarque concernant le budget: pour garder un budget, il faut simultanément augmenter les recettes et diminuer les dépenses, ce qui n'est pas le cas pour la Ville de Bienne!

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Wachstum oder Nichtwachstum? Ich möchte hier nicht die Studie des Club of Rome zitieren, die sich vor bald 45 Jahren mit dieser Frage beschäftigte. Ich bin aber überzeugt davon, dass eine Stadt, will sie ihre Probleme überwinden, eine gewisse Veränderung und Blutauffrischung braucht. Selbstverständlich hat Biel nicht nur ZuzügerInnen, die einen positiven Beitrag an das Gemeinwesen leisten. Es hat aber doch viel mehr solche, als dies auf den ersten Blick scheint. So hat sich in den letzten 10 Jahren die Zahl der Zuziehenden mit einem steuerbaren Einkommen von über CHF 100'000 verdoppelt. Leider haben Sie das nicht gefragt, Herr Vuille. Dieser Umstand ist sicher ein positives Zeichen. Leider haben aber tatsächlich auch die Veranlagungen mit CHF 0.- steuerbarem Einkommen zugenommen. Ohne gigantischen Aufwand lässt sich aber kaum ermitteln, ob es dabei um Personen geht, die bereits in Biel wohnten und deren Einkommenssituation sich verschlechtert hat, oder ob es NeuzuzügerInnen sind. Aller Wahrscheinlichkeit